Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises besteht kein Anspruch. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 159 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 12. Juli 1939

Bemerkungen zum Tage

Dann muß Blut fließen?

Die britischen Einkreisungsbemühungen haben, wie aus der Entwicklung der letzten Monate unschwer zu erkennen ist, bisher eigentlich nur einen durchschlagenden Erfolg gehabt: sie haben viel Geld gekostet und werden den englischen Beutel noch weiter erleichtern. In erster Linie sind es die Polen, die sich darauf gespitzt haben, sich so teuer wie möglich zu verkaufen. Allerdings haben sie dabei den einen Fehler gemacht, daß sie zu schnell auf den englischen Leim gekrochen sind. Hätten sie sich — nach dem Beispiel Moskaus, das sich offensichtlich nicht fangen lassen will — etwas rarer gemacht, dann wäre für sie sicher mehr abgefallen als nur die 20 Millionen Pfund, die ihnen jetzt als Gegenleistung für ihre Kriegsbereitschaft von London zugestanden worden sind. Was sind schon 20 Millionen Pfund, wenn ein Land, dessen Finanzen an sich schon reichlich kränklich waren, viele Monate lang ein Heer von einer Million Soldaten unter den Waffen halten soll! Allerdings hatten die Polen sich das auch etwas anders vorgestellt mit dieser Mobilmachung. Sie glaubten wahrscheinlich, allein durch ihre Bereitschaft, sich an der Einkreisung zu beteiligen, schon Englands Ansprüchen genügen zu können. Dann hätten die britischen Pfunde für andere Zwecke aufgewendet werden können. So aber ist es nun dahin gekommen, daß England auf der schlagbereiten polnischen Armee besteht, daß es sein Geld nur für das Blut der polnischen Soldaten hergeben will. Das ist für Polen ein schlechter Handel; denn für solches Blut sind selbst 20 Millionen Pfund etwas sehr wenig. Polen ruiniert sich also wirtschaftlich und vielleicht auch politisch für England, das damit wieder einmal den bewährten Weg gegangen wäre, daß es an dem Schicksal seiner Trabanten, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, nicht mehr interessiert ist.

Dolchspitze am Herzen Danzigs

Kürzlich hat der Danziger Gauleiter Forster in einer Rede die Entfernung des Munitionsdepots gefordert, das Polen auf der Danziger Westerplatte seinerzeit widerrechtlich errichtet hat und das eine ständige Bedrohung des Danziger Hafens darstellt. Die Westerplatte gehört zum Danziger Hoheitsgebiet und ist eine kleine Insel an der Mündung der Alten Weichsel. Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates von 1922 wurde Danzig sogar gezwungen, sich zur Hälfte an den Kosten für die Errichtung dieses Explosivstofflagers zu beteiligen. Im Jahre 1926 wurde das Depot endlich errichtet, und ein Jahr später setzten die Polen dieser Frechheit die Krone auf, als sie einfach die ganze Westerplatte besetzten. Allerdings mußten sie sie auf Weisung der Genfer Liga wieder räumen. 1933 sah sich Polen dann veranlaßt, die ohnehin schon übermäßig starke Bewachung des Depots von 100 auf 300 Mann zu erhöhen und die Insel mit Maschinengewehren zu bestücken. Auch diese widerrechtliche Maßnahme mußte auf den Protest Danzigs hin rückgängig gemacht werden. Auch die Versuche Polens, die Westerplatte zu einem exterritorialen Gebiet erklären zu lassen, scheiterten, obwohl man kurzerhand der Danziger Polizei die pflichtgemäße Kontrollbefugnis entzogen hatte, um so eine vollendete Tatsache zu schaffen. Heute ist es so, daß wenigstens der Danziger Polizeipräsident oder sein ständiger Vertreter dieses Danziger Hoheitsgebiet zu Kontrollzwecken betreten „darf". Dabei besteht nun schon längst kein Anlaß mehr für die Aufrechterhaltung des Depots in Danzig; denn Gdingen ist längst fertiggestellt und man hat dort auch einen polnischen Kriegshafen errichtet. Man will aber im eigenen Hafen nicht die ständige Gefahr der aufgehäuften Explosivstoffe haben, sondern beeinträchtigt lieber die Sicherheit des deutschen Danzig. Genau genommen, kommt es Polen aber nur darauf an, durch diese unverhüllte Schikane dem deutschen Danzig eine Dolchspitze ans Herz zu setzen.

Frankreich mißbraucht sein Mandat

Die Geschichte der französischen Vertragsbrüche ist durch die Politik gegenüber dem Mandat Syrien um einen neuen Fall bereichert worden. Nachdem der Sandschak Alexandrette, ein Teil Syriens, auf Befehl Englands an die Türkei verschachert worden ist, geht jetzt Syrien einem ungewissen Schicksal entgegen. Der Staatspräsident ist zurückgetreten, die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, und jetzt befürchtet man, daß Frankreich in Syrien eine Monarchie aufrichten wird, die selbstverständlich den westlichen Demokratien völlig hörig sein würde. Aus der Tatsache, daß die großen Erdölkonzessionen Syriens, die seit Jahren heiß umkämpft waren, jetzt der mit englischem Kapital gespeisten Irak-Petroleum-Gesellschaft in die Hand gespielt worden sind, was einer Auslieferung des syrischen Nationalreichtums an fremde Mächte gleichkommt, kann entnommen werden, wie sich Frankreich unter dem Zwang der britischen Einkreisungspolitik völlig seinen Einfluß im östlichen Mittelmeer nehmen läßt. Die Türkei hat sich England völlig verschrieben und wird Alexandrette zweifellos als britische Flottenbasis hergeben müssen. Jetzt geschieht ein ähnlicher Vorgang mit Syrien, dem Frankreich jahrzehntelang seine Selbständigkeit vorenthalten hat, um es jetzt wieder gegen den Volkswillen in politische Verwicklungen zu zwingen, die nun und nimmer zum Besten des Landes sein können.

Volksgenossen, nehmt ein Ferienkind auf!

Die Auslese der Tüchtigen

Gründung des Begabtenförderungswerkes des deutschen Volkes unter der Schirmherrschaft Görings

Nach dem Willen des Führers soll den Tüchtigen in Deutschland der Weg nach oben erschlossen werden. Um allen Leistungsfähigen den Aufstieg und die vollkommene Entwicklung ihrer Arbeitskraft zur wahren Meisterschaft möglich zu machen, haben der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, der Reichswirtschaftsminister Funk und der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, unter der Schirmherrschaft des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, das Begabtenförderungswerk des deutschen Volkes gegründet.

Der Leiter des Begabtenförderungswerkes ist der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley. Sein Geschäftsführer ist der Leiter des Reichsberufswettkampfes, Obergebietsführer Axmann.

So will es der Führer

Zum Begabtenförderungswerk des deutschen Volkes haben der Reichsorganisationsleiter, der Reichswirtschaftsminister und der Jugendführer des Deutschen Reiches folgenden Aufruf erlassen:

„Noch vor wenigen Jahren fehlten uns Arbeitsplätze. Heute haben wir einen großen Mangel an Arbeitskräften. Darin liegt ein wunderbarer Wandel unserer Wirtschaft. Heute kommt es darauf an, jeden Volksgenossen an den Arbeitsplatz zu bringen, der am besten seinen natürlichen Anlagen entspricht. Der hochwertige Arbeiter muß an den hochwertigen Arbeitsvorgang gebracht werden. Die primitive Arbeit muß mehr und mehr durch die Maschine ersetzt werden. Der Arbeitseinsatz und die Berufslenkung erhalten unter diesem Blickwinkel eine besonders hohe Bedeutung. Es ist für die Leistungssteigerung unseres Volkes entscheidend, daß wir planmäßig eine Auslese der Tüchtigen treffen. So wie es im politischen Leben geschieht, so muß es auch im beruflichen Leben sein. Der Reichsberufswettkampf hat sich in den vergangenen Jahren als Auslesesystem hervorragend bewährt.

Er gibt jedem Schaffenden die Möglichkeit, einmal im Jahr öffentlich unter Beweis zu stellen, was er zu leisten vermag. Wer überdurchschnittliche Leistungen vollbringt oder sogar in seinem Beruf Kreis-, Gau- oder Reichssieger wird, ist ohne weiteres würdig, von der Gemeinschaft gefördert zu werden. Das haben wir auch bisher getan.

Um nun durch die einheitliche Erfassung der Mittel eine noch wirksamere Gestaltung der Förderung zu gewährleisten, ist das „Begabtenförderungswerk des Deutschen Volkes ins Leben gerufen worden. Durch das Zusammenwirken der Partei, des Staates und der Wirtschaft sollen Mittel und Wege gefunden werden, die den Besten in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten die Widerstände des Alltags überwinden helfen.

Das Begabtenförderungswerk soll im Sinne des nationalsozialistischen Parteiprogramms tätig werden, in dessen Punkt 20 es heißt:

„Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder deren Beruf auf Staatskosten.

So will es der Führer!"

Danzig antwortet Chamberlain

Anmaßung und Fürsorge-Heuchelei — Appell an das Weltgewissen

Das Organ der NSDAP. in Danzig, der „Danziger Vorposten" veröffentlicht in seinem Leitartikel die Antwort Danzigs an Chamberlain. Die sogenannte Beweisführung des britischen Premierministers sei nichts anderes als eine Konstruktion, die die Unkenntnis der Lage in der Weltmeinung zur Rechtfertigung der polnischen These benutzen will. Die Behauptung Chamberlains, die völkerrechtlichen Grundlagen Danzigs seien weder ungerecht noch unlogisch, widerlege bereits die Tatsache der mehr als hundert Danzig-polnischen Streitfälle, die alljährliche Behandlung von Danziger Fragen vor dem Genfer Forum usw.

Die alte Taktik Warschaus, nämlich die geographische Lage Danzigs an der Weichselmündung als Begründung für Polens Ansprüche herauszustellen, werde augenfällig geschlagen durch die völlige Vernachlässigung dieses Stromes durch Polen und die Bedeutungslosigkeit der Weichsel für die polnische Schiffahrt. Andererseits wüßten die Danziger am besten, warum sie ins Reich wollten. Man sei in Danzig gern bereit, auf die „Vorzüge" des polnischen Transitumschlages im Hafen zu verzichten, der für die Bewohner Danzigs gegenwärtig so gut wie gar keinen Nutzen abwerfe.

Es sei eine englische Anmaßung, wenn Chamberlain so tue, als wolle er die Lebensinteressen der Danziger schützen, während er zur gleichen Zeit die polnische These verteidige. Weder England noch die Genfer Liga hätten sich um die Sorgen der Danziger in den verflossenen Jahrzehnten gekümmert, so daß Danzig sich jetzt verbitte, wenn eine „Fürsorge" für die Danziger Belange geheuchelt werde. Eine internationale Angelegenheit sei Danzig nur insofern, als das Weltgewissen und die Weltgerechtigkeit schon viel früher eine Revision der unmöglichen und willkürlichen Aufteilung des deutschen Ostens von sich aus hätte anstreben müssen.

Lärm mit Papierböllern

Die Ausführungen Chamberlains über das deutsche Danzig werden in der ausländischen Presse beider Lager dahin kommentiert, daß diese Erklärungen nichts Neues brächten. Die italienischen Blätter unterstreichen dies besonders unmißverständlich. „Stampa" schreibt von einer gewundenen Rede mit wenig neuem, und „Gazetta del Popolo" spricht von Papierböllern mit viel Lärm ohne jede Zerstörungswirkung. Die dänische Presse unterstreicht hauptsächlich die scharfe deutsche Ablehnung dieser erneuten Blankovollmachten für Polen. „Nationaltidende" erklärt, daß Chamberlain sich in Wirklichkeit für die Versailler Bestimmungen über Danzig einsetze. Seine Rede zeige „das Maschinengewehr hinter dem Regenschirm".

Die polnische Presse sucht die Dürftigkeit der Rede in der Aufmachung zu verschleiern. Sie spricht von „einem entschlossenen Bekenntnis Englands gegenüber den Polen übernommenen Verpflichtungen". Ganz besonders bezeichnend ist die Warschauer Ansicht, daß Chamberlain „polnisch gesprochen" habe.

Wenn man die Stimmen im englisch-französischen Blätterwald wägt, so kann man feststellen, daß man dort alles vergessen und nichts dazugelernt hat. Man nimmt die Chamberlain-Erklärung über Danzig mit der „pflichtschuldigen Befriedigung" auf und meint, daß jetzt „kein Platz mehr für Mißverständnisse" vorhanden sei. Die „Times" wärmt alte politische Zwecklügen auf, während „Daily Telegraph" mit der gröberen Tonart handfester Drohungen aufwartet. Selbstverständlich findet in der französischen Presse die Rede einmütige Billigung gemäß der Tendenz, die Polen nun noch weiter aufzuputschen.

Ist Chamberlain gedächtnisschwach?

Die völlige Verkennung der historischen Tatsachen über das deutsche Danzig durch den britischen Ministerpräsidenten Chamberlain wird nicht nur durch die Meinung des deutschen Volkes erwiesen, sondern es lassen sich ganz leicht zahlreiche Zeugnisse von Engländern anführen, die die Danziger Frage von Anfang an ihrem Wesen nach erkannt haben und auch sehr wohl wußten, welche Gefahrenquelle eine ungerechte oder auch nur halbe Lösung dieses Problems für den Frieden in Europa bedeuten muß. Man kommt also nicht mehr mit so gewundenen Erklärungen aus wie Herr Chamberlain, der auf eine Zwischenfrage im Unterhaus meinte, obwohl er gesagt habe, daß die augenblickliche Stellung Danzigs weder grundsätzlich ungerecht noch unlogisch sei, sei es durchaus möglich, sie zu verbessern. Es könne sehr wohl sein, daß in einer klaren Atmosphäre Möglichkeiten einer Verbesserung erörtert werden könnten.

Daß wir uns augenblicklich nicht in einer klaren Atmosphäre bewegen können, liegt an der Vernebelung der Lage durch die Kriegshetzer, an der Gedächtnisschwäche des Herrn Chamberlain selbst, dem wir zum Studium der Danzig- und Korridorfrage einmal einige englische Stimmen empfehlen möchten. So verweist Lyon, der Autor des 1930 in London erschienenen Buches „Die Früchte des Wahnsinns" auf Punkt 13 der 14 Punkte Wilsons und sagt: „Es ist klar, daß das Gebiet, nämlich der Korridor, weit davon entfernt ist, unbestreitbar polnisch zu sein... Tatsächlich bedarf Polen weder eines freien Zugangs zur See noch der Kontrolle über den Danziger Hafen... Außerdem hat Polen selbst selbst den Beweis geliefert, daß für sein wirtschaftliches Wohlergehen der Danziger Hafen nicht notwendig war, denn es hat in einer Entfernung von wenig Kilometern einen anderen Hafen gebaut, der mit Danzig in direkten Wettbewerb getreten ist... Die Bewohner Danzigs sind entschlossen, sowohl deutsch zu bleiben wie eines Tages wieder mit dem Mutterland vereinigt zu werden. Die Worte: „Dieses Land bleibt deutsch", die in einem Denkmal der Marienburg eingemeißelt sind, bezeichnen den Kern des Willens, der diese Menschen beseelt." Der englische Historiker Dawson erklärt in einem Buch: „Keine Tatsache des gegenwärtigen europäischen Lebens bietet eine so ernste und sichere Bedrohung des Friedens als der Korridor, der Deutschland in zwei Teile spaltet und Danzig, eine der deutschesten Städte, vom Vaterland trennt. Kann Europa es sich gestatten, diese Bedrohung außer Acht zu lassen und die Dinge treiben zu lassen?" Noch 1939 erklärt Tavistock in dem keineswegs deutschfreundlichen „Manchester Guardian": „Die Verbindung der überwiegend deutschen Stadt Danzig mit Deutschland ist ein ganz unzureichender Grund für einen Weltkrieg". Die englischen Zeugnisse, die den Anschluß Danzigs an Deutschland als allein gerecht und logisch bezeichnen, lassen sich beliebig vermehren.

Man kann sich also nicht damit herausreden, daß man in England nicht wüßte, welche grundsätzliche Bedeutung die gerechte und deutsche Lösung der Danziger Frage für einen dauernden Frieden hat. Wer in dieser Angelegenheit polnische Hetze und Habgier unterstützt und wer wider den gesunden Menschenverstand und die historische Wahrheit Danzig für immer vom Reiche trennen möchte, hat das Recht verwirkt, im Namen einer „Friedensfront" zu sprechen.

Chamberlain von der „Times" widerlegt

London verhandelte schon vor dem 31. März mit Warschau

Der ständige Vertreter des „Berliner Lokalanzeigers" in